



Israel Kontrovers Nr. 4

25. August 2010

Stürmung der Gaza-Flottille – Kontroverse Reaktionen in Israel und wachsende internationale Isolation

Am 31.05.2010 wurde etwa 120 Seemeilen vor der israelischen Küste ein aus sieben Schiffen bestehender Konvoi der Organisation "Free Gaza" durch Elitesoldaten der israelischen Marine gestürmt und an der Weiterfahrt gehindert. Die Schiffe transportierten ca. 12.000 Tonnen Hilfsgüter für die Bevölkerung des von Israel mit einer Seeblockade behängten Gazastreifens und hatten etwa 600 Aktivisten aus insgesamt 42 Ländern an Bord. Bei dem Militäreinsatz wurden auf dem größten Schiff des Konvois, der unter türkischer Flagge fahrenden "Mavi Marmara", neun pro-palästinensische Aktivisten - alle waren türkische Staatsbürger - getötet und mehr als 40 verletzt. Auf den anderen fünf Schiffen gab es keine Toten oder Verletzte.

Der Gazastreifen war im Juni 2007 von Israel komplett abgeriegelt worden, nachdem die radikal-islamistische Hamas in einem blutigen Putsch gegen die säkulare Fatah von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas dort die Macht übernommen hatte. Israel begründet seine Blockade vor allem mit der Verhinderung des Schmuggels von Waffen und Raketen in den Gazastreifen. Besonders seit der Machtübernahme durch die Hamas war Israel von dort mit Tausenden Raketen und Mörsergranaten beschossen worden. Außerdem will Israel mit der Blockade die Freilassung des 2006 von der Hamas entführten Soldaten Gilad Shalit erzwingen.

Die internationale Organisation Free Gaza, die den Konvoi organisierte, verfolgt das Ziel, mit Hilfsgütern die Bevölkerung des Gazastreifens zu unterstützen. Vertreter der Organisation lassen zugleich keinen Zweifel daran, dass es auch darum gehe, die Blockade des Gebiets durch Israel öffentlich anzuprangern und zu überwinden. Der an der Organisation des Schiffskonvois beteiligten türkischen Stiftung für Menschenrechte und Freiheit (IHH) wird von israelischer Seite vorgeworfen, Verbindungen zu Hamas, al-Qaida und anderen terroristischen Netzwerken zu unterhalten. Überzeugende Beweise für diese Behauptungen konnte Israel bisher aber nicht liefern. Türkische Zeitungen berichteten außerdem, dass einige der Aktivisten an Bord als Mitglieder islamistischer Organisationen bekannt seien und sich von ihren Familien verabschiedet hätten, um in dieser Aktion als Shahid, also als Märtyrer zu sterben.

Die internationale Öffentlichkeit reagierte mit Protesten, heftiger Kritik und Bestürzung auf den Vorfall.

Der UN-Sicherheitsrat verurteilte in einer Dringlichkeitssitzung die Ereignisse, die zum Tod von Zivilisten geführt haben und forderte eine unparteiische Untersuchung. Bundeskanzlerin Merkel stellte die Verhältnismäßigkeit der Militäraktion infrage, forderte Israel auf, die Blockade des Gazastreifens zu beenden und sprach sich für eine Untersuchung mit internationaler Beteiligung aus. Besonders heftige Kritik kam aus der Türkei. Ministerpräsident Erdogan sprach von Staatsterrorismus und Außenminister Davutoglu sagte vor dem UN-Sicherheitsrat, Israel habe mit der Erstürmung des internationalen Hilfskonvois das Völkerrecht gebrochen und jegliche internationale Legitimation verloren. US-Präsident Barack Obama bezeichnete den Zwischenfall als Tragödie und forderte eine vollständige Aufklärung. Er bezeichnete die Situation im Gazastreifen als unhaltbar und sagte inzwischen eine Hilfe von 400 Millionen Dollar zu. Ägypten lockerte im Gefolge der heftigen internationalen Reaktionen seine eigene Blockade des Gazastreifens.

Israels Premier Netanyahu sieht die Verantwortung für die Ereignisse vollständig bei den Organisatoren des Schiffskonvois und rechtfertigte das Vorgehen seines Landes damit, dass es in Selbstverteidigung gehandelt habe. Israel könne das freie Einfließen von Waffen und Raketen in den Gazastreifen, der eine Terrorbasis der Hamas und Stützpunkt des Iran sei, nicht dulden. Israel habe in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht gehandelt. Die Seeblockade bestehe, da man sich in einem bewaffneten Konflikt mit der Hamas befinde. Die Durchsetzung der Blockade sei rechtmäßig und diene der Sicherheit Israels und seiner Bevölkerung.

Auch nach diesem blutigen Vorfall und den weltweiten Protesten ist Israel, das mit einer zunehmenden internationalen Isolation konfrontiert ist, bisher nicht bereit, seine Blockadepolitik grundlegend zu ändern. Auf internationalen Druck, ganz besonders der USA, wurden in die eingesetzte nationale Untersuchungskommission zwei internationale Mitglieder aufgenommen, der nordirische Friedensnobelpreisträger David Trimble und der kanadische General a.D. und Rechtsexperte Ken Watkin. Parallel dazu untersucht eine innerisraelische militärische Kommission die Vorfälle.

In Israel werden die Ereignisse rund um die "Gaza-Flotille" sehr intensiv diskutiert. Diese Debatte zeichnet sich dadurch aus, dass eine kritische Analyse der hinter diesem Vorfall stehenden grundlegende Ausrichtung der israelischen Politik kaum bzw. nur in wenigen Foren, so der links-liberalen Tagesszeitung "Haaretz", stattfindet. Die Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit steht in dieser Angelegenheit hinter der Regierung und dem Militär. Verantwortlich für die Eskalation der Ereignisse und die wachsende Isolation Israels sind danach einseitig „die anderen“, wobei die Spanne von radikal-islamistischen Akteuren in der Region bis hin zu den Mitgliedsländern der EU reicht. Das eigene Handeln und die eigene Politik werden kaum kritisch hinterfragt, stattdessen igelt sich die Mehrheit der Israelis reflexhaft gegen alle Kritik von außen ein und stellt sich in einer Art Wagenburgmentalität hinter die eigene Führung. Kritisch debattiert werden in erster Linie Fehler operativer Art, also die militärischen, geheimdienstlichen und logistischen Defizite der Aktion.

Nachfolgend stellen wir Ihnen die Positionen von zwei renommierten israelischen Sicherheitsexperten - Dr. Reuven Pedatzur vom Netanya Academic College und Prof. Dan Shifan von der Haifa University - vor, die das Spektrum der innerisraelischen Debatte zu diesen Themen deutlich machen.

Dr. Pedatzur definiert in seiner Analyse das Scheitern der israelischen Blockadepolitik gegenüber dem Gazastreifen und der dort regierenden Hamas als Ausgangspunkt für seine politische Einschätzung der Ereignisse rund um die Gaza-Flotille. Er analysiert detailliert verschieden Aspekte der Vorbereitung und

Durchführung der Militäroperation gegen den Schiffskonvoi und attestiert den politischen Entscheidungsträgern in Politik und Militär weitgehendes Versagen, das sich auf Unvermögen und Arroganz gründe. Israels Ansehen in der Welt sieht er schwer geschädigt, da es seine Militärmacht immer wieder unverhältnismäßig einsetze und dabei auch die Zivilbevölkerung nicht verschone. Die Folge sei eine wachsende Isolation Israels und eine Brandmarkung als "aussätziger Staat".

Prof. Shiftan sieht in dem Zwischenfall eine gezielte Provokation des türkischen Premiers Erdogan mit Hilfe einer radikalen, teilweise terroristischen Organisation. Die politischen Dimensionen des Ereignisses schätzt er wie folgt ein: 1) Für die Proximity Talks zwischen Israelis und Palästinensern sei der Zwischenfall unerheblich, da diese sowieso zum Scheitern verurteilt seien; 2) In der Türkei finde eine anti-kemalistische Gegenrevolution statt, die außenpolitisch durch eine Annäherung an den Iran, Syrien, Hamas und Hisbollah gekennzeichnet sei; 3) Barack Obamas Dialogpolitik habe versagt und sei ein Zeichen politischer Ohnmacht der USA; 4) Europa verrate in zynischer Bigotterie seine eigenen politischen Werte und befinde sich auf einem Irrweg.

Er konstatiert weiterhin, dass Israels Bevölkerung sich von den Ereignissen und den Reaktionen der Welt nicht irritieren lasse und fest hinter der eigenen Regierung stehe. Eine Verbesserung der für Israel enorm schwierigen außenpolitischen Situation könne entweder durch eine Änderung der Politik Barack Obamas, am ehesten jedoch durch eine neue Regierung in Washington erreicht werden.

Dr. Ralf Hexel, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel
25. August 2010

Fehleinschätzung führt Israel in die Flotillen-Falle

von Dr. Reuven Pedatzur

Mit dem Auftrag an das Militär, die unter türkischer Flagge fahrende „Mavi Marmara“ mit Gewalt aufzubringen, hat die israelische Regierung mangelndes Urteilsvermögen und eine eklatante Missachtung der Folgen einer solchen Operation für das internationale Ansehen Israels bewiesen. Die Enteroaktion, in deren Verlauf neun Schiffspassagiere getötet und Dutzende verletzt wurden, führte zu einer Reihe von Protesten in aller Welt, zu einem Beschluss des UN-Sicherheitsrates, in dem Israel zur Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission aufgefordert wurde, zu öffentlichen Verurteilungen durch zahlreiche Regierungen, zu Druck auf Israel, die Blockade des Gazastreifens aufzuheben und zur Erhöhung der Spannungen zwischen Israel und der Türkei bis hin zur Gefährdung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Die Blockade des Gazastreifens ist gescheitert

Den Hintergrund des Enterns des türkischen Schiffes bildet eine Politik, die von der israelischen Regierung vor mehr als drei Jahren beschlossen und umgesetzt wurde, die Blockade des Gazastreifens. Diese Politik basiert auf dem Konzept, den Waffenschmuggel in dieses Gebiet vom Meer aus zu unterbinden, für Not im Gazastreifen zu sorgen und dadurch Druck auf die Hamas-Regierung zu erzeugen, ihre Politik gegenüber Israel zu ändern und vielleicht sogar den Fall der Hamas-Regierung durch den Druck der stark unter der Blockade leidenden palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen herbei-

zuführen. Im Rahmen der Blockadepolitik wurde die Einfuhr verschiedener Güter in den Gazastreifen untersagt, darunter Zement (das zum Bau von Bunkern verwendet werden könnte), diverse Nahrungsmittel (die Kriterien für das Einfuhrverbot sind völlig unklar; beispielsweise dürfen Koriander und Schokolade nicht in den Gazastreifen eingeführt werden) sowie eine Reihe von Gebrauchsgegenständen wie Schulheften, Schreibwaren und Spielsachen. Später rechtfertigte Israel die anhaltende Blockade zusätzlich mit der Notwendigkeit, die Hamas-Regierung unter Druck zu setzen, um die Befreiung des verschleppten israelischen Soldaten Gilad Shalit zu erwirken.

Nach drei Jahren kann man mit Gewissheit sagen, dass die Blockadepolitik gegenüber Gaza gescheitert ist. Die Hamas - Regierung wurde nicht abgesetzt und der gefangene Soldat nicht freigelassen. Andererseits hat der Wille, den Waffenschmuggel vom Meer in den Gazastreifen zu verhindern, natürlich einen gewissen Sinn. Doch die Frage ist, mit welchen Mitteln man die Schmuggelversuche vom Meer her aufdecken und verhindern kann. Die israelische Regierung hat jedenfalls ganz klar beschlossen, keine Schiffe nach Gaza durchzulassen, auch nicht Schiffe mit humanitären Gütern.

Die Militäroperation zum Entern der Gaza-Flotille

Vor diesem Hintergrund ist der Beschluss zu sehen, die auf Gaza zusteuenden sechs Schiffe der Flotille aufzubringen, sie in den Hafen von Ashdod umzuleiten, anschließend ihre Ladung zu löschen und nach einer Kontrolle auf dem Landweg in den Gazastreifen weiterzutransportieren.

Zudem war beschlossen worden, die Schiffe in internationalen Gewässern aufzubringen und zwar auf der Grundlage einer Interpretation der völkerrechtlichen Bestimmungen über den Seeverkehr, die in der so genannten Londoner Seekriegsrechtsdeklaration von 1909 enthalten sind. Diese Bestimmungen wurden 1994 im so genannten San Remo Manual on International Law Applicable to Armed Conflicts at Sea (San Remo Handbuch über das in bewaffneten Konflikten auf See anwendbare Völkerrecht) aktualisiert. Laut diesem Dokument darf ein Staat eine Blockade über die Häfen eines feindlichen Gemeinwesens verhängen, mit dem er sich im Kriegszustand befindet. Der Staat kann anderen Staaten und dem betroffenen Seeverkehr gegenüber eine solche Blockade bekannt geben und hat dann das Recht, sie durchzusetzen, wenn nötig, auch mit Gewalt.

Israels Fehler bestand darin, die internationalen Auswirkungen einer Militäroperation gegen ein ziviles Schiff nicht in Erwägung zu ziehen. Man war in Israel sehr wahrscheinlich davon ausgegangen, dass die Schiffe rasch geentert werden können, ohne dass dabei jemand zu Schaden kommt und somit keine negativen Reaktionen auf internationaler Ebene zu erwarten seien. Die politischen Entscheidungsträger haben offensichtlich versagt, denn sie haben nicht in Betracht gezogen, dass bei einem Scheitern der Militäroperation Zivilisten getötet werden könnten und dass sich dies auf die internationalen Reaktionen auswirken würde.

Doch abgesehen vom Unvermögen der politischen Entscheidungsträger, die Folgen der Militäroperation richtig einzu-

schätzen, liegt in diesem Fall auch ein operativ-militärisches Versäumnis der israelischen Armee vor. Es ist unverständlich, dass eine von langer Hand geplante Militäroperation der Marine so gründlich scheitern kann. Den Anfang machte eine nachrichtendienstliche Panne. Die Marine und verschiedene nachrichtendienstliche Organe Israels hatten die seltene Gelegenheit, die Schiffe und deren Passagiere mehrere Tage lang zu beobachten. Wie ist es möglich, dass die Vorbereitungen der Passagiere auf den Angriff auf die Soldaten (nur auf einem Schiff kam es zu Tumulten) nicht wahrgenommen wurden? Wie konnte die Tatsache, dass an Bord Messer, Äxte und andere kalte Waffen angehäuft wurden, verborgen bleiben.

Die Nachrichtendienste hatten viel Zeit, die Identität der Schiffspassagiere zu prüfen und ihre Gefährlichkeit einzuschätzen. Wahrscheinlich haben genau jene Friedensaktivisten die Soldaten mit Äxten angegriffen oder beschossen, deren Identität nicht erfasst wurde. Dass die Elitesoldaten von den Angriffen überrascht wurden, ist daher schlicht unerklärlich. Wenn die Marine jedoch Gewaltanwendung von Seiten der Schiffspassagiere vermutete, dann wirft die Art, wie die Schiffe geentert wurden, Fragen auf. Weshalb wurden nicht Tränengasgranaten auf die Decks geworfen, bevor die Soldaten an Bord gingen?

Das Argument des Militärsprechers, wonach die Soldaten in Lebensgefahr schwebten und gesagt hätten, man werde sie lynchen, spricht nicht gerade für die Elitesoldaten. Darf es geschehen, dass Soldaten, die von ihren Kommandeuren als

die „am besten trainierten und effektivsten der Welt“ bezeichnet werden, in Gefahr geraten, von einem Haufen mit Stöcken und Messern bewaffneter Zivilisten gelyncht zu werden? Und das im Verlauf einer Militäroperation, die über längere Zeit bis ins Detail geplant worden war.

Die Soldaten wurde an Bord der „Mavi Marmara“ geschickt, ohne über die für eine solche Aufgabe nötige Ausrüstung zu verfügen. Die israelische Armee hat genügend Mittel, um Randalierer unter Kontrolle zu bringen, ohne sie zu töten. Die Soldaten trugen diese Ausrüstungen aber nicht bei sich und waren deshalb gezwungen, Feuerwaffen einzusetzen, als sie von Passagieren an Bord angegriffen wurden. Die Planer und die Kommandeure der Operation machten den Fehler, den Widerstand an Bord zu unterschätzen. So kam es, dass sich die Soldaten von Helikoptern auf Deck abseilten, wo man sie mit Holzstöcken und Metallstangen erwartete und angriff. Einzelne Soldaten fanden sich einer randalierenden Menge gegenüber, die wild auf sie einschlug.

Auch der Beschluss, nachts vorzugehen, war problematisch. Man darf annehmen, dass der Tumult und die Hysterie an Bord der Schiffe teilweise auf die Tatsache zurückzuführen sind, dass weder die Soldaten noch die Zivilisten genau erkennen konnten, was vorgeht. Wenn man nicht genau erkennen kann, wer einem gegenübersteht und was genau er tut, ist die Eskalation vorprogrammiert.

Internationale Proteste und Israels wachsende Isolation

Das Entern der Schiffe und die Ergebnisse der Operation führten, wie erwähnt, zu einer präzedenzlosen Welle von Protesten auf der ganzen Welt. Es hat den Anschein, als ob die israelische Regierung nicht auf die Möglichkeit vorbereitet war, dass die Militäroperation solche Reaktionen auslösen würde. Demnach stand kein entsprechendes Informationsdispositiv bereit, und in den ersten Stunden nach der Übernahme des Schiffes hatten die Vertreter der türkischen Organisation IHH, die die Flotille organisiert hatten, einen klaren Vorteil. Sie belieferten Fernseh- und Radiostationen aus aller Welt mit Audio- und Videomaterial. Der für die Informationsverbreitung und die Veröffentlichung von Material zur Militäroperation und deren Ergebnissen verantwortliche Militärsprecher setzte das ihm zur Verfügung stehende Material (darunter Videoclips, worin Leute an Bord zu sehen sind, die mit Metallstangen und Stöcken auf Soldaten einschlagen) viel zu spät ein.

Bis zur Niederschrift dieser Zeilen hat ein Staat, Nicaragua, seine Beziehungen zu Israel abgebrochen. Vietnam forderte den israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres auf, den geplanten Besuch im Land abzusagen, und Südkorea stufte den Besuch von Präsident Peres von einem „Staatsbesuch“ auf einen „Arbeitsbesuch“ herunter. Doch die gravierendste Folge aus israelischer Sicht ist der Umstand, dass die Blockade des Gazastreifens damit auf die internationale Tagesordnung gelangt ist. Bis zur Enterungsaktion beschäftigte sich die internationale Gemeinschaft überhaupt nicht mit der israelischen Blockade des Gazastreifens, weshalb auch kein Druck auf Israel ausgeübt wurde, sie zu beenden. Doch seit dem Entern der „Mavi Marmara“

beschäftigt sich die ganze Welt, die Vereinten Nationen eingeschlossen, mit der israelischen Blockade. In einer Reihe von Organisationen und Foren wird Israel dazu aufgerufen, die Blockade aufzuheben.

So ruft etwa die Europäische Union Israel dazu auf, die Blockade aufzuheben und die Militäroperation zu untersuchen. Die amerikanische Regierung fordert von Israel ebenfalls die Einrichtung einer Kommission zur Untersuchung der Vorfälle und deutet an, dass daran auch internationale Vertreter zu beteiligen sind, wenngleich sich die Amerikaner erfolgreich dafür einsetzen, den entsprechenden Beschluss des UN-Sicherheitsrates abzumildern. Bislang hat die israelische Regierung beschlossen, eine Regierungskommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Richters des Obersten Gerichts, Yaacov Tirkel, einzusetzen, wobei noch unklar ist, ob eine solche Kommission den Amerikanern, Europa und dem UN-Sicherheitsrat genügen wird.

Die Reaktionen auf die israelische Militäroperation sind vor dem Hintergrund der anhaltenden Verschlechterung des internationalen Ansehens Israels zu sehen. Israel wird in weiten Teilen der Welt als Staat empfunden, der seine Militärmacht immer wieder unverhältnismäßig einsetzt, um Ziele zu erreichen, die nicht mit militärischen Mitteln erreicht werden können und dabei immer wieder gegen die Zivilbevölkerung vorgeht.

Eine Reihe von israelischen Operationen hat zu dieser Verschlechterung geführt, angefangen vom Zweiten Libanonkrieg 2006, über die Operation „Gegossenes

Blei“ im Gazastreifen im Dezember 2008 und Januar 2009, die spektakulär inszenierte Bautätigkeit in Wohnvierteln Ost-Jerusalems bis hin zur Tötung des Hamas-Vertreters Mohammed al-Mabhuh in einem Hotel in Dubai. All diese Vorfälle verleihen Israel das Image eines unverantwortlichen Staates, der nicht davor zurückschreckt, auch Unschuldige zu treffen und das Völkerrecht zu brechen.

Das beschädigte Ansehen Israels und dessen negatives Image haben praktische Auswirkungen, die sich bereits vor dem Aufbringen der „Mavi Marmara“ bemerkbar machten. In nicht wenigen Staaten mehren sich die Stimmen diverser Kreise, darunter besonders deutlich die Stimme von Akademikern, die zum Boykott Israels, seiner landwirtschaftlicher Erzeugnisse und seiner Wissenschaftler aufrufen. Israelische Wissenschaftler werden nicht zu Konferenzen eingeladen, und an weltweit werden an Universitäten Erklärungen unterzeichnet, die zum Boykott israelischer Wissenschaftler aufrufen.

Israelische Offiziere und Politiker meiden inzwischen gewisse Staaten aus Furcht, verhaftet und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt zu werden. Besonders gemieden wird in diesem Zusammenhang das Vereinigte Königreich, dessen Gesetze es zulassen, Bürger anderer Staaten zu verhaften und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu stellen.

Das beschädigte Ansehen Israels ist offenbar auch die Ursache dafür, dass die amerikanische Regierung in einem bislang ungekannten Ausmaß Druck auf Israel ausüben kann. So unterstützte die USA

etwa dem einstimmigen Beschluss der Überprüfungskonferenz des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, in welchem im Nahen Osten nur Israel als Problemfaktor im nuklearen Bereich genannt wird und an das Land appelliert, dem Vertrag als Nichtkernwaffenstaat beizutreten und dazu aufruft, Gespräche über einen kernwaffenfreien Nahen Osten aufzunehmen. Der Iran wird in diesem Beschluss nicht erwähnt. Dies stellt eine Änderung der amerikanischen Politik zur Frage der atomaren Rüstung Israels dar, über die sich beiden Staaten bereits 1979 verständigt hatten.

Die Auswirkungen der Militäroperation an Bord der „Mavi Marmara“ sind noch nicht restlos geklärt, doch hat sie zweifellos Entwicklungen beschleunigt, die bereits vor einigen Jahren eingesetzt haben und zur Isolierung Israels und Brandmarkung als „aussätziger“ Staat führten.

Unvermögen und Arroganz politischer Entscheidungsträger

Zudem hat diese Operation Mängel bei der politischen Entscheidungsfindung in Israel offen gelegt. Beschlüsse werden in kleinen Foren von Sicherheitsexperten und ohne Beteiligung von Fachleuten anderer Bereiche gefällt, und die strategischen Folgen taktischer Operationen werden nicht berücksichtigt. Überheblichkeit und Geringschätzung des Feindes scheinen in Israel anzuhalten, und die Lehren früherer Misserfolge werden nicht umgesetzt. Auf dieselbe Art und Weise geriet Israel in den Zweiten Libanonkrieg. Dem Befehl an das Militär, im Libanon anzugreifen, waren keine vertieften Debatten vorausgegangen. Die Auswirkungen eines Krieges im Libanon auf das internationale Ansehen

Israels wurden nicht abgewogen, und die gefällten Entscheidungen reflektieren ganz besonders eine Geringschätzung des Feindes (Hisbollah) sowie Überheblichkeit und Arroganz.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Enterung des türkischen Schiffes einmal mehr das Unvermögen der politischen Entscheidungsträger in Israel demonstrierte, eine Politik zu formulieren, die sich auf eine rationalen Analyse und einer vernunftbetonte Weltsicht stützt.

Dr. Reuven Pedatzur ist Akademischer Direktor im Zentrum für Strategischen Dialog, Akademisches College Netanya

Die Gaza-Flottille und ihre Auswirkungen

von Prof. Dan Shiftan

Die Flotillenaffäre an sich ist ein Ereignis von untergeordneter Bedeutung. Die Debatte sollte sich vielmehr auf die dramatischen und gefährlichen Prozesse konzentrieren, die die hysterischen Reaktionen auf die israelische Operation zum Vorschein brachten. Was die Sache selbst angeht, hat es sich um eine Provokation des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan mittels einer radikalen Organisation mit terroristischen Merkmalen gehandelt. Die Flotille bezweckte die Stärkung von Erdogans Position in der Türkei selbst, unter den radikalen Kräften der Region, denen er sich in letzter Zeit offen angenähert hat (Iran, Syrien, Hisbollah und Hamas) sowie bei den radikalen Elementen der öffentlichen Meinung im arabischen Raum. Sie diente zudem der „humanitären“ Legitimierung des türkischen und iranischen Versuchs, einen unkontrollierten Zugang Gazas zum offenen Meer zu erwirken, der es der Hamas, wie zuvor der Hisbollah im Libanon, ermöglichen würde, im Gazastreifen Zehntausende von Raketen anzuhäufen, um damit israelische Bevölkerungszentren zu treffen.

Israel hatte kein wirkliches Dilemma. Man war gezwungen, die Öffnung dieser Route zu verhindern. Nach-dem sämtliche diplomatischen Bemühungen gescheitert waren, blieb nichts mehr anderes übrig als Gewalt anzuwenden. Die Gewaltanwendung Israels war in der Tat unangemessen – es wurde zu wenig Gewalt angewandt, gemessen am Ernst der Bedrohung und am gewalttätigen, hooliganartigen Charakter der türkischen

Terrorunterstützer auf der „Mavi Marmara“. Statt einer Handvoll Soldaten, bewaffnet mit Spielzeuggewehren, die Farbe versprühen, wäre bereits zu Beginn der Enterungsoperation eine viel größere Truppe nötig gewesen. Im Nachhinein ist klar, dass gegen den harten Kern der Hooligans auf dem Oberdeck auf abschreckende Weise hätte vorgegangen werden müssen, bevor man sich mit sanften polizeilichen Mitteln um die Ansammlung der sich als Menschenrechtsaktivisten ausgebenden Propagandisten und nützlichen Idioten auf dem übrigen Schiff kümmern konnte.

Die Medien und die öffentliche Debatte konzentrieren sich wie immer auf die Nebensächlichkeiten – auf die Operation selbst, die Einungsverschiedenheiten über die sekundären Fehler Israels und auf belanglose Gedanken über die Auswirkungen der Flotille auf den „Friedensprozess“ mit den Palästinensern.

„Der Friedensprozess“

Um diese analytische Hürde aus der ernsthaften Debatte über die Auswirkungen der Flotille zu entfernen, ist zu betonen, dass das von vornherein feststehende Scheitern der Proximity Talks keine Folge der Ereignisse um die „Marmara“ ist. Vor anderthalb Jahren unterbreitete der damalige israelische Ministerpräsident Olmert Abu Mazen einen israelischen Plan, der im wesentlichen einen Palästinenserstaat auf dem gesamten Territorium des Westjordanlandes mit Gebietstausch auf wenigen Prozenten der Fläche, die Teilung Jerusalems und sogar eine symbolische Geste im Hinblick auf die Rückkehr von palästinensischen Flüchtlingen auf israelisches Staatsgebiet vorsah. Wie

üblich verpassten die Palästinenser die Gelegenheit und führten die direkten Verhandlungen in Netanjahus Amtsperiode nicht weiter. Unter Obama haben sie keinerlei Motivation auf echte Verhandlungen einzugehen, solange die USA Israel dazu drängt, die palästinensischen Forderungen bereits in der jetzigen Phase ohne eigentliche Gegenleistung anzunehmen. Entsprechend hat Israel keinerlei Anlass, neue Ideen zu prüfen, da man weiß, dass die Palästinenser ohnehin keine Führung haben, die fähig wäre, im Namen der Bevölkerung des Westjordanlandes zu verhandeln, von der Bevölkerung des Gazastreifens ganz zu schweigen. Diese Führung ist nicht in der Lage, auf das „Recht auf Rückkehr“ auf israelisches Staatsgebiet zu verzichten – selbst wenn sie es wollte – und die Bevölkerung für eine Lösung zu gewinnen, die einen jüdischen Staat neben einem palästinensischen Staat akzeptieren würde. (Netanjahu hätte sich Obama gegenüber gewiss klüger verhalten können und eigene Gesten vorschlagen sollen, doch gegenüber den Palästinensern wäre dies ohnehin zwecklos gewesen). Angesichts solcher struktureller Hindernisse sind die Flotille und die israelische Reaktion darauf völlig unerheblich.

Die obsessive und fruchtlose Beschäftigung mit dem unfruchtbaren „Friedensprozess“ und den operativen Details rund um die Flotille lenkt die Aufmerksamkeit von den wirklich wichtigen Themen ab. Diese hängen ausschließlich mit den Veränderungen im regionalen und globalen Kräftegleichgewicht sowie mit der schleichenden Delegitimierung Israels zusammen. Es handelt sich, nach aufsteigender Wichtigkeit geordnet, um

folgende drei Themen: *Erstens*, um die Gegenrevolution in der Türkei und ihre Auswirkungen auf das erwähnte Gleichgewicht; *zweitens*, um die Ohnmacht und das strukturell bedingte Unverständnis der Regierung Obama; *drittens*, um den neuen Tiefpunkt der europäischen Werte und Politik.

Die Gegenrevolution in der Türkei

In der Türkei findet seit einigen Jahren eine Gegenrevolution statt, die die vom Gründer der modernen Türkei Mustafa Kemal („Atatürk“) in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts errichteten Strukturen stufenweise zerstört. Abgesehen vom tiefen Wandel in der türkischen Gesellschaft und im türkischen Staat, vollzieht Erdogans Regierung auch eine dramatische Kehrtwende in der türkischen Außenpolitik, basierend auf Annäherung an den Iran, Syrien, Hisbollah und Hamas und begleitet von schrillen Tönen, die beim radikalen Mainstream der arabischen Eliten und der breiten Bevölkerung in der arabischen Welt auf große Begeisterung stoßen. Erdogan hat erkannt, dass ausufernde Attacken gegen Israel, begleitet von völlig gegenstandslosen Anschuldigungen, selbst offenkundig törichter Art (er hat unter anderem behauptet, Avigdor Liberman habe damit gedroht, eine Atombombe auf Gaza zu werfen), die Araber ganz besonders begeistern. Er weiß auch, dass sich angesichts der Verzerrungen im israelisch-europäischen Verhältnis selbst die Türkei mit ihrer düsteren und brutalen Geschichte in der ferneren und näheren Vergangenheit erlauben kann, Israel Moral zu predigen, ohne dass sich jemand daran stören würde.

Der Wandel in der Türkei ist von tiefgreifend strategischer Tragweite und betrifft dessen Existenz als moderner Staat. Ihn auf die Flotille, den Krieg in Gaza (oder selbst auf das berechnete Zurückschrecken der Europäer vor der Aufnahme der Türkei in die EU) zurückzuführen, zeugt – im besten Fall – von grundlegendem Unverständnis. Dieser Wandel ist in der Tat sehr bedeutsam, aber nicht im vernachlässigbaren palästinensischen Zusammenhang. Seine Bedeutung liegt besonders darin, dass es sich bei der Türkei um einen großen, stabilen, starken und wichtigen Staat handelt, dessen Zusammengehen mit radikalen Kräften das regionale und globale Kräftegleichgewicht gefährden könnte. Der erwähnte Wandel droht sich wie das Ausscheren des Iran in den späten 1970er Jahren aus dem Lager der Kräfte, die ein gewisses Maß an regionaler Stabilität bewahrten, und seine Verwandlung zu einem Staat der den Weltfrieden gefährdet, auszuwirken. Die Auswirkungen auf die nationale Sicherheit Israels sind ebenso weit reichend, Israels Möglichkeiten, diesen Trend oder auch nur dessen Geschwindigkeit zu beeinflussen, dagegen marginal. Eine besonders deutliche (wenn auch hinsichtlich der Intensität kaum vergleichbare) historische Parallele zur Veranschaulichung der Merkmale dieses Prozesses bietet der tiefe Wandel des französischen Verhältnisses zu Israel vom Ende des Algerienkrieges im Jahr 1962 bis Juni 1967, als De Gaulle die passende Gelegenheit fand, um sich endgültig von Israel loszusagen.

Obamas Ohnmacht

Der Wandel, dem die USA unter Obamas Präsidentschaft unterworfen ist, ist nicht so tiefgreifend, doch die entscheidende

Bedeutung der amerikanischen Führungsrolle auf globaler Ebene erklärt die dramatischen Auswirkungen eben dieses Wandels auf jede bedeutsame Angelegenheit weltweit. Obamas Vision des Dialogs und der Multilateralität sollte den resoluten, unilateralen und präventiven Ansatz ersetzen, der die Politik des Weißen Hauses in früheren Präsidentschaften und besonders unter Bush geprägt hatte. Doch bald stellte sich heraus, dass dieser Ansatz nicht als erstes Mittel gemeint war, das zum Einsatz kommen soll, um Verständigung zu schaffen und, falls möglich, Kompromisse zu erzielen, sondern als einziges Mittel, ohne eine glaubwürdige, maßvolle Gewaltoption im Hintergrund, um radikalen Kräften deutlich zu machen, dass sich ein Kompromiss auch für sie lohnen würde, verglichen mit einem gefährlichen und teuren Konflikt.

In Anlehnung an Teddy Roosevelts berühmten Ausspruch „Sprich sanft und trage eine große Keule“ dürfte Obamas Politik weltweit derzeit eher unter folgendem Motto gesehen werden: „Sprich sanft und trage einen Zahnstocher“. Und selbst, wenn Obama – wider alle Erwartung – zukünftig doch noch zur Besinnung kommen und energisch gegen Nordkorea und den Iran vorgehen sollte, leitet sich die politische Realität in unserer Region und global derzeit von der grundlegenden Annahme der amerikanischen Ohnmacht sowie von der Erwartung ab, dass der Sieg der Radikalen unvermeidlich ist. Im Rahmen der Versuche des amerikanischen Präsidenten, sich bei den Radikalen einzuschmeicheln, zeigte er Israel die kalte Schulter und schloss sich dabei, wenn auch zurückhaltend, der üblichen europäischen Moralkritik gegen die Selbst-

verteidigungsbemühungen des Landes an. Seine Politik, mit der er sich zunehmend von den traditionellen Freunden Amerikas (dem Vereinigten Königreich, den neuen Demokratien Osteuropas und den traditionell proamerikanischen Kräften im Nahen Osten) entfernt und damit versucht, die Feinde Amerikas versöhnlich zu stimmen, trägt entscheidend dazu bei, dass sich Strömungen, die auch zuvor zur Isolierung und Delegitimierung Israels neigten, zunehmend frei entfalten können.

Bis zur Wende durch Obama mussten die Feinde Israels und jene, die dazu neigten, in diesen Chor einzustimmen, ihre natürliche Neigung gegenüber ihren Beziehungen mit den USA abwägen. Doch unter Obamas Präsidentschaft und durch ihn ermutigt, wurde Israel in Europa zum Abschluss freigegeben. Selbst pro-israelische und faire politische Führer in Europa, die sich den Delegitimierungstendenzen innerhalb der anti-israelischen linken Eliten (die auch anti-semitische Merkmale tragen) in ihren Ländern bislang mutig widersetzt haben, haben in der neuen Konstellation Mühe, der durch die Mainstream-Medien verbreiteten Demagogie standzuhalten. Die weltweiten Reaktionen auf die Gaza-Flotille und ihre Ergebnisse legen die Annahme nahe, dass Israel nun isoliert dasteht und dass nicht einmal die USA bereit sind, sich an seine Seite zu stellen. Spezifische Äußerungen (besonders das Statement von Vizepräsident Biden) konnten den allgemeinen Eindruck (wie er beispielsweise beim anti-israelischen Beschluss der Kommission für die Nichtverbreitung von Atomwaffen zum Ausdruck kam) nicht korrigieren, wonach die USA fast immer bereit sind, „mit israelischer Münze“ für die Einigung in

Organisationen zu zahlen, die sich unter dem Deckmantel zynischer und selektiver Sorge um die „Menschenrechte“ von Terroristen und ihren Helfern im Wesentlichen dem Kampf gegen die Existenzberechtigung Israels verschrieben haben.

Um etwaige Zweifel auszuräumen, sei hier abschließend betont, dass wir es keineswegs mit einer anti-israelischen amerikanischen Politik zu tun haben und nicht einmal damit, dass die USA die besonderen Bedürfnisse Israels ignorieren. Die Regierung Obama hat die Unterstützung der Sicherheit Israels im engeren Sinne nicht eingeschränkt und sogar eher verstärkt. Es handelt sich vielmehr um einen amerikanischen Versuch, Israel zu politischen Prozessen zu drängen, gestützt auf Obamas vereinfachende und völlig gegenstandslose Sicht des Nahen Ostens und der Welt sowie auf moralisierende Argumente, die wiederum Teil der auf internationaler Ebene verbreiteten und in der öffentlichen Meinung in Europa stark präsenten Delegitimierungskampagne gegen Israel sind. Die USA haben selbst keinen Anteil an dieser Delegitimierung, doch indem sie sich von Israel distanzieren und in diesem Bereich nur noch beschränkt verteidigen, gibt sie jenen Kräften Auftrieb, die diese Delegitimierungskampagne aktiv betreiben. Die Verbindung zwischen der Schwäche der USA und dieser Ermutigung vertiefen Israels Not.

Europas Irrweg

Das bedeutendste und frustrierendste Phänomen, das die Gaza-Flotille zum Vorschein brachte, ist der politische und wertemäßige Irrweg Europas. Die eklatante Lüge der türkischen Hooligans auf der

„Marmara“ und ihres Führers, des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan, dass es sich um eine humanitäre Hilfsflotte für anderthalb Millionen hungernde von Israel belagerte Palästinenser gehandelt hat, wurde von den Medien, der öffentlichen Meinung und sogar von der politischen Führung in Europa begierig aufgenommen. Niemand ließ sich bei der Befriedigung des tiefempfundenen Bedürfnisses, den jüdischen Staat der Aus-hungerung von Kindern und der Ermor-dung von „Menschenrechtsaktivisten“ zu bezichtigen, von elementaren und einfach zu verifizierenden Tatsachen stören. Doch selbst wer der Desinformation der europäischen Medien ausgesetzt war, hätte leicht herausfinden können, dass es in Gaza keinen Hunger gibt, dass Israel täglich Hunderte Tonnen Nahrungsmittel dorthin schickt, dass Strom und Wasser im Gazastreifen zum allergrößten Teil von Israel geliefert werden und dass Tausende Kranke aus Gaza in israelischen Kranken-häusern behandelt werden. Nicht einmal diese Medien konnten verbergen, dass Israel angeboten hatte, die humanitäre Hilfe von den Schiffen und von jedem anderen Ort nach Gaza weiter zu transportieren, vorausgesetzt dass keine Waffen oder kampfunterstützende Mittel mitgeliefert werden. Allzu leicht wird die bestens bekannte Tatsache vergessen, dass der Gazastreifen auch an ein arabisches Land grenzt, nämlich an Ägypten, und der falsche Vorwurf der Aus-hungerung dann gezielt gegen Israel gerichtet wird.

Gleichzeitig versucht die Hamas nicht einmal die Tatsache zu verleugnen, dass ihr Ziel die Vernichtung Israels ist (und in ihren Schriften auch die Vernichtung der

Juden) und dass ihre antisemitische Ideologie offen auf den Protokollen der Weisen von Zion basiert. Es ist bekannt, dass die Hamas Raketen auf Städte und Bevölkerungszentren feuert, um Zivilisten zu treffen und Terror zu verbreiten und dass sie versucht, sich einen ungehinderten Zugang zum Meer zu verschaffen, der es ihr erlauben würde, Waffen in großem Umfang und von neuer Qualität in ihr Gebiet zu schmuggeln, um Tausende israelische Zivilisten zu töten.

Obwohl das den Europäern (und besonders der politischen Führung in Europa) bekannt ist und sie selbst die Tatsache anerkennen, dass es sich bei der Hamas um eine Terrororganisation handelt, haben die Ereignisse rund um die Gaza-Flotille eine Tiefenschicht des europäischen Bewusstseins freigelegt, die es ermöglicht, die Tatsachen zu ignorieren und einem Narrativ anheim zu fallen, das dem jüdischen Staat de facto das elementare Recht abspricht, seine Bürger zu verteidigen. Diese Wahrnehmungslücke macht es möglich, sich an einem zynischen und verlogenen Unternehmen unter der Führung von Terroristen in Gaza, Hooligans in der Türkei und barbarischen Regimes wie jenes im Sudan, zu beteiligen, die den Diskurs des UN-Menschenrechtsrates bestimmen. Europa sorgt sich mehr um die Not der Hamas als um die Tatsache, dass es den verwerflichsten Elementen auf interna-tionaler Ebene – gemessen an eigenen europäischen Standards – gelingt, in den Vereinten Nationen und in anderen internationalen Organisationen eine völlig verzerrte Lesart jener Werte durchzu-setzen, die Europa der Menschheit gestiftet hatte. Die Europäer finden sich mit der

Prostitution von Werten ab, bei der Syrien das Wesen der Demokratie definiert, Kuba den Pluralismus, der Sudan die Menschenrechte, Saudi Arabien den Status der Frauen, Iran die Toleranz und den Willen zum Frieden und Hugo Chavez den gesunden Menschenverstand.

Die pauschale europäische Delegitimierung der Anwendung von Gewalt durch westliche Demokratien, verankert in einer vereinfachenden Geschichtsauffassung und Sicht der politischen Realität, spielt faktisch, wie in den dreißiger Jahren, den radikalen Kräften in die Hände, die sich bei der Manipulation der öffentlichen Meinung in Europa und der europäischen Eliten als sehr geschickt erweisen. Der „europäischste“ amerikanische Präsident ermutigt diese Elemente, diesen Trend zu bis zu einem Grad zu vertiefen, wie es bei den europäischen Reaktionen auf die israelische Aktion gegen die Flotille und bei der Forderung zum Ausdruck kam, die „humanitäre Blockade Gazas“ aufzuheben.

Israels Situation

Israel sieht sich isoliert und gebrandmarkt. Die Flotille hat die Feindseligkeit und den Zynismus der öffentlichen Meinung in Europa sowie die Entfremdung Washingtons nicht hervorgerufen, sie hat sie nur aufgedeckt. In dieser Beziehung befindet sich Israel derzeit in einer schlechteren Situation als in den siebziger Jahren, als die UN-Vollversammlung den Zionismus als Rassismus brandmarkte. Die Chancen, sich erfolgreich aus dieser Notlage zu befreien, konzentrieren sich auf zwei Bereiche: Erstens, auf der Beharrlichkeit der israelischen Öffentlichkeit und zweitens, auf der hohen Wahrscheinlichkeit, dass es in den USA zu einer

Änderung kommen wird.

Die israelische Öffentlichkeit ließ sich nicht beirren. Neben heftiger Kritik am Unvermögen der politischen Führung, die politische Ebene angemessen auf die türkische Provokation vorzubereiten und am Versäumnis der Geheimdienste, das dazu geführt hat, dass Soldaten mit Paintball-Gewehren in eine Konfrontation mit Terroristen und gewalttätigen Hooligans geschickt wurden, bleibt der Mainstream der öffentlichen Meinung in Israel von den Lügen der Aushungerung und der humanitären Blockade sowie vom Vorwurf des Mordes an Menschenrechtsaktivisten unbeirrt. Die Öffentlichkeit, gegen die sich der Raketenbeschuss aus Gaza richten wird, versteht, dass man sich den Schiffen in den Weg stellen musste, die solche Raketen transportieren konnten, und weiß, dass die Anwendung von Gewalt unausweichlich wurde, nachdem die diplomatischen Mittel zuvor gescheitert waren. Sie hält gar nichts von Erdogans Moralpredigten und ignoriert Europas zynische Bigotterie.

Es dürfte den USA (und Europa) gelingen, Israel zu weit reichenden Erleichterungen der Blockade zu zwingen, doch die israelische Öffentlichkeit wird von ihrer Führung keine Reue fordern und glaubt nicht, dass es um ein humanitäres Anliegen geht. Sie weiß auch, dass der illusionären europäischen Kontrolle von Lieferungen in den Gazastreifen etwa der gleiche Erfolg beschieden wäre, wie der Aufgabe der UNIFIL, die Aufrüstung der Hisbollah zu verhindern oder der Mission der europäischen Grenzbeamten, die sich vor wenigen Jahren fluchtartig von den Grenzübergängen entfernten, an denen sie

stationiert waren. Die israelische Öffentlichkeit weiß, dass alles was Gaza unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe erreicht, dazu führt, dass der nächste Krieg früher ausbrechen wird, und dass dieser Krieg noch brutaler und von noch mehr bigotten europäischen Verurteilungen Israels begleitet sein wird.

Verbessern dürfte sich die Lage Israel durch die nächste Regierung in Washington, vielleicht schon in zweieinhalb Jahren. Das amerikanische Ethos ist nicht „europäisch“. Europa konnte seine entgegenkommende Politik gegenüber radikalen Kräften bisher nur deshalb aufrechterhalten, weil die USA es in der Stunde der Wahrheit von den unerträglichen Folgen dieser verantwortungslosen Politik bewahrt haben. Europa wird nicht in der Lage sein, langfristig die europäische Rolle zu spielen, wenn die USA sich ebenfalls „europäisch“ gibt. Die USA ist die einzig mögliche Führungsmacht der freien Welt, und diese

Führungsrolle kann nicht wahrgenommen werden ohne resolutes Auftreten und ohne Abschreckung, zu welcher die derzeitige Regierung offensichtlich nicht fähig ist. Die Frage, die uns beschäftigen sollte, beschränkt sich also nicht nur auf Israel oder auf den Nahen Osten, sie stellt sich vielmehr global

Prof. Dan Shiftan ist Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Haifa

Verantwortlich:

*Dr. Ralf Hexel,
Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel*

Autoren:

*Dr. Reuven Pedatzur
Prof. Dan Shiftan*

Homepage: www.fes.org.il
Email: fes@fes.org.il